

# Der Kampf gegen **TTIP**, **CETA** und **ISDS**: Erfahrungen aus Kanada

Von Maude Barlow





## **Zur Autorin**

Maude Barlow ist die nationale Vorsitzende des Council of Canadians. Maude wurden zwölf Ehrendokortitel sowie zahlreiche Auszeichnungen, darunter 2005 der Right Livelihood Award (der als „Alternativer Nobelpreis“ bekannt ist) verliehen. Sie war als Senior Advisor für Wasserversorgung des 63. Präsidenten der Vollversammlung der Vereinten Nationen tätig und leitete die Kampagne, um Wasser von den Vereinten Nationen als Menschenrecht anerkennen zu lassen. Sie ist auch Autorin zahlreicher Berichte sowie von 17 Büchern, darunter ihr neuestes Werk *Blue Future: Protecting Water for People and the Planet Forever*. Seit Jahrzehnten kämpft sie für faire Handelsabkommen in Kanada und auf der ganzen Welt.

**Dieser Bericht wurde durch die großzügige Unterstützung der JMG Foundation ermöglicht.**

## **Fotokredit**

Deckblatt: "Canadian Pride" von Brandon Koger, ausgeschnitten und modifiziert, CC by-nc-sa 2.0

Seite 2: Foto © Wolfgang Schmidt



Der Kampf gegen TTIP, CETA und ISDS: Erfahrungen aus Kanada wurde unter der Creative Commons-Lizenz Attribution-NonCommercial-ShareAlike 4.0 veröffentlicht.

# Der Kampf gegen **TTIP**, **CETA** und **ISDS**: Erfahrungen aus Kanada

## *Inhaltsverzeichnis*

Einleitung .....	4
Was sind TTIP und CETA? .....	4
Wie beschränken TTIP und CETA das Regulierungsrecht der Regierungen? .....	5
Was ist ISDS? .....	6
Welche Erfahrung hat Kanada mit ISDS unter NAFTA gemacht? .....	8
Warum ist CETA genauso bedeutend wie TTIP? .....	10
Wie sind die Reformversuche von ISDS zu beurteilen? .....	12
Wie können wir länderübergreifend zusammenarbeiten, um gegen diese Abkommen vorzugehen? .....	13
Fußnoten .....	15



Dieser Artikel möchte eine **Warnung** sein an alle EuropäerInnen, denen die Gesundheit der Menschen, die Widerstandskraft ihrer Gemeinschaften, das Schicksal ihrer öffentlichen Dienstleistungen und der Schutz ihrer natürlichen Ressourcen wichtig ist.

## ***Einleitung***

1989 unterzeichneten Kanada und die USA das Canada-United States Free Trade Agreement (CUSTA) (Freihandelsabkommen zwischen Kanada und den USA). 1994 unterzeichneten die beiden Länder und Mexiko das North American Free Trade Agreement (NAFTA) (Nordamerikanisches Freihandelsabkommen). Diese beiden Abkommen waren richtungsweisend für eine neue Generation von bilateralen und regionalen Handelsabkommen und schufen ein Modell, das von den meisten Regierungen noch immer systematisch übernommen wird.

CUSTA führte in Kanada zum Verlust eines großen Teils seiner Produktionsbasis, da amerikanische Unternehmen ihre kanadischen Fabriken schlossen und sie ins Ausland verlagerten. Kanada gab auch die behördliche Aufsicht über seine Energiereserven auf. NAFTA führte eine neue Bestimmung – das Investor-Staat-Schiedsverfahren (ISDS) – ein, die Unternehmen aus den drei Ländern ermöglichte, die Regierungen der jeweils anderen Länder wegen Gesetzesänderungen, Änderung von Richtlinien oder Praktiken, die sich nachteilig auf ihre Gewinne auswirkten, zu verklagen.

Das Vermächtnis von NAFTA ist sowohl in der Transatlantic Trade and Investment Partnership (TTIP) (Transatlantisches Freihandelsabkommen) zwischen der Europäischen Union und den USA sowie im Comprehensive Economic and Trade Agreement (CETA) (Umfassendes Wirtschafts- und Handelsabkommen) zwischen der EU und Kanada gegenwärtig. Obwohl diese Abkommen den Handelsrahmen auf verschiedene neue Weisen erweitern, enthalten beide ISDS-Bestimmungen, die insbesondere in Europa umstritten sind.

Als Folge von NAFTA ist Kanada das am meisten verklagte Industrieland, und bei der Auseinandersetzung mit TTIP und CETA haben Kanadier eine wichtige Erfahrung an die Europäer weiterzugeben. Dieser Artikel dient als Warnung an Europäer, denen die Gesundheit ihrer Bewohner, die Widerstandsfähigkeit ihrer Gemeinschaften, die Zukunft ihren öffentlichen Dienstleistungen und der Schutz ihrer natürlichen Ressourcen am Herzen liegt.

## ***Was sind TTIP und CETA?***

TTIP ist ein geplantes Handels- und Investitionsabkommen zwischen der EU und den USA, um ihre Märkte untereinander für Unternehmenssektoren wie Pharmazeutika, Textilien, Energie und Landwirtschaft zu öffnen. Die Verhandlungen wurden zum größten Teil hinter verschlossenen Türen geführt, wobei nur sporadisch Informationen an die Öffentlichkeit drangen.

CETA ist das kanadische Gegenstück, dessen Verhandlungsprozess jedoch bereits sehr viel weiter fortgeschritten ist. Im September 2014 unterzeichneten der kanadische Premierminister Stephen Harper, der damalige Präsident der Europäischen Kommission José Manuel Barroso und der damalige Präsident des Europäischen Rats eine gemeinsame Erklärung, in der sie das Ende der CETA-Gespräche „feierten“. Indessen gibt es sowohl in Kanada wie auch in Europa immer noch eindeutigen Widerstand, und das Abkommen ist von einem Abschluss noch weit entfernt. Bei dieser Gelegenheit wurde der Text des Abkommens zum ersten Mal der Öffentlichkeit offiziell bekannt gegeben.

Die Befürworter behaupten, dass TTIP und CETA zu einem Wirtschaftswachstum in der EU wie in Nordamerika, zur Schaffung von Arbeitsplätzen und zu Wohlstand für Nordamerikaner und Europäer führen werden. Die Erfahrung mit NAFTA zeigt jedoch, dass die Nutznießer fast ausschließlich die reichen und großen Unternehmen sind. Sind in Kanada seit 1994 die Gehälter von CEOs und Unternehmensgewinne in die Höhe geschossen, stagnieren die Einkommen von Familien und Arbeitern und die Verschuldung der Haushalte ist so hoch wie nie zuvor.<sup>1</sup>

Wie die meisten modernen Handelsabkommen möchten TTIP und CETA „nichttarifliche Handelshemmnisse“ aus dem Weg räumen. Dazu gehören Standards und Vorschriften, die in Bereichen wie Lebensmittelsicherheit, finanzielle Dienstleistungen, Umwelt- und Arbeitsgesetzgebung von Land zu Land stark voneinander abweichen können.

Transnationale Unternehmen möchten eine „Wettbewerbsgleichheit“ bei der Überschreitung von Landesgrenzen und kämpfen für den kleinsten gemeinsamen Nenner. Die Standards für Lebensmittelsicherheit, soziale Sicherheit und Umwelt wurden nach NAFTA in Kanada alle nach unten abgeglichen.

Ein bedeutender Bericht kam zu dem Ergebnis, dass NAFTA das Wachstum von extensiver, exportorientierter, auf Pestizide und GMOs angewiesener Landwirtschaft unterstützte, den Boom von umweltschädlichem Bergbau in Mexiko förderte, die Fähigkeit von Kanada zur Regulierung seiner eigenen Energiewirtschaft untergrub, Kanada zum Transport von großen Mengen an fossilen Brennstoffen in die USA zwang und Umweltschutzmaßnahmen in ganz Nordamerika schwächte, indem Unternehmen neue Mittel zur Anfechtung der Umweltschutzgesetzgebung an die Hand gegeben wurden.<sup>2</sup>

Mit CETA und TTIP unterliegen subnationale Regierungen (Kommunen, Provinzen und Staaten) zum ersten Mal lokalen Beschaffungspflichten, die es ihnen verbieten, lokale Unternehmen und die lokale wirtschaftliche Entwicklung zu begünstigen. Nach der Analyse des Canadian Centre for Policy Alternatives wird dies die große Mehrheit von lokalen Regierungen in Nordamerika und Europa wesentlich darin beschränken, öffentliche Ausgaben zur

Erreichung anderer sozialpolitischer Ziele wie der Schaffung von Arbeitsplätzen, der Unterstützung einheimischer Landwirte bis hin zu Maßnahmen gegen die Klimakrise zu verwenden.<sup>3</sup>

## ***Wie beschränken TTIP und CETA das Regulierungsrecht der Regierungen?***

TTIP und CETA erlegen Regierungen neue Beschränkungen in Bezug auf ihre Rechte auf, im Namen ihrer Völker oder zugunsten der Umwelt gesetzliche Regelungen zu erlassen und schaffen Verpflichtungen, die weit über die traditionellen Anforderungen in Handelsabkommen hinausgehen, zwischen ausländischen und lokalen Unternehmen nicht zu diskriminieren. Sie beschränken nationale Vorschriften bei Dienstleistungen und „sonstigen wirtschaftlichen Tätigkeiten“, wie u.a. Bergbau, Erdöl- und Gasindustrie, Forstwirtschaft, Landwirtschaft und Fischerei. Da es sich dabei um „Top-Down“-Abkommen handelt, müssen Ausnahmen zu diesem Deregulierungsprogramm aufgeführt und ausgehandelt werden.

Nach Darlegung des Transnational Institute bewirkt die Harmonisierung nach unten eine Minderung der Kontrollen und Senkung der Standards, denen Kapital und Unternehmen unterzogen werden. Wenn das EU-Arbeitsrecht Arbeitern größeren Schutz bietet, werden alle Regierungen gezwungen, US-Normen anzunehmen, die die Rechte von Arbeitern einschränken.<sup>4</sup> Wenn in Kanada strengere finanzielle Kontrollen gelten, wird Druck ausgeübt und sogar verlangt, dass es sich einem weniger begrenzenden Standard angleicht.

Tatsächlich hat Kanada, das die Finanzkrise 2008 hauptsächlich überlebte, weil es strenge Kontrolle über seine Banken ausübte, seinen Finanzsektor bereits den Anfechtungen von europäischen, in Kanada tätigen Finanzdienstleistungsunternehmen in einer Weise ausgesetzt, wie es selbst NAFTA nicht getan hat. Wenn eine europäische Bank der Ansicht ist, dass sie aufgrund der strengeren kanadischen Vorschriften benachteiligt wird, kann sie die kanadische Regierung verklagen.<sup>5</sup>

Darüber hinaus sind TTIP und CETA die ersten Handelsabkommen, die eine obligatorische Zusammenarbeit bei Regulationsfragen - manchmal Regulierungskonvergenz genannt - vorsehen, ein Prozess zur Angleichung von Standards und Regulierungen zwischen allen Ländern in Bezug auf so unterschiedliche Güter wie Pipelines, Chemikalien und Lebensmittel.

CETA bekennt sich zu einem Prozess, in dem regulatorische Unterschiede zwischen Europa und Kanada, ob in Bezug auf Arbeitsrechte, Umweltschutzstandards, Lebensmittelsicherheit oder Steuergesetze, als Handelshemmnisse angesehen werden und unterdrückt werden könnten. Beide Parteien vereinbaren, einander noch vor Information ihres eigenen gewählten Parlaments über erwogene oder geplante Vorschriften zu unterrichten, um sicherzustellen, dass diese nicht handelsverzerrend sind. Das bedeutet, dass die andere Partei Änderungen an einem Teil der Gesetzgebung vornehmen könnte, noch bevor diese den eigenen Mandatsträgern oder der Öffentlichkeit unterbreitet worden ist.

In Kanada müssen alle neuen Vorschriften oder Gesetze von Handelsexperten geprüft werden, um sicherzustellen, dass sie im Rahmen von NAFTA nicht angefochten werden können. Es wird erwartet, dass im Rahmen von CETA jede neue europäische Vorschrift von Kanada und umgekehrt geprüft und genehmigt werden muss.

Kanada und Europa haben auch vereinbart, externe Stellen mit der Durchführung von Bewertungen von Produktstandards zu beauftragen und wichtige Entscheidungen über Vorschriften und Standards in die Hände des Privatsektors zu legen. CETA sieht auch die Einrichtung eines Forums zur Zusammenarbeit in Regulationsfragen (Regulatory Cooperation Forum) vor, um die ordnungspolitische Zusammenarbeit und Arbeit mit „Interessengruppen“, einschließlich Unternehmen, zu erleichtern.

TTIP geht dabei sogar noch einen Schritt weiter. Wie das Corporate Europe Observatory (CEO) erklärt, würde unter TTIP der Rat zur Zusammenarbeit in Regulationsfragen (Regulatory Cooperation Council) eingerichtet werden, der zum ersten Mal in einem Handelsabkommen Unternehmenslobbys

aus Nordamerika und Europa offiziell den Einfluss geben würde, Vorschriften und Standards durch die Bank „mit zu verfassen“. Diese neue bürokratische Instanz soll großen Einfluss besitzen, um die europäische Kommission von der Vorlage von Vorschlägen abzuhalten, die unternehmensfreundlichen Grundsätzen zuwiderlaufen.<sup>6</sup>

Während Befürworter behaupten, dass die regulatorische Kooperation unnötigen „Papierkrieg“ reduziert, beurteilt sie CEO als einen äußerst effektiven strategischen Vorschlag, um einige der strittigen Differenzen aus dem Weg zu räumen, nachdem die Handelsabkommen unterzeichnet sind und die Wachsamkeit der Öffentlichkeit nachgelassen hat.

Die Umweltstandards wurden in den USA bereits unter dem früheren Präsidenten George Bush und in Kanada unter Premierminister Harper drastisch heruntergesetzt.<sup>7,8,9</sup> Und eine Deregulierung von Umweltbestimmungen ist in Europa bereits unter Führung des Präsidenten der Europäischen Kommission Jean-Claude Juncker im Gange. CETA und TTIP sind Zugeständnisse an europäische Unternehmen und Industrielobbys in ihrem Bemühen, Umweltvorschriften noch weiter und noch schneller herunter setzen zu lassen.

## ***Was ist ISDS?***

Die Bestimmungen zum Investor-Staat-Schiedsverfahren (ISDS) ermöglichen privaten Investoren nach internationalem Recht, Schiedsverfahren gegen eine ausländische Regierung anzustrengen. Ursprünglich dienten sie dazu, private Unternehmen aus reichen Ländern gegen die Bedrohung der Verstaatlichung in ärmeren Ländern zu schützen, doch hat sich ISDS in den letzten Jahrzehnten erheblich ausgeweitet.

Unternehmen klagen jetzt auf finanzielle Entschädigung, wenn ausländische Regierungen neue Gesetze oder Praktiken in Bereichen wie Umweltschutz, Gesundheit oder Menschenrechten einführen, die sich negativ auf ihre Gewinne auswirken.

Viele Streitigkeiten werden durch den World Bank's International Centre for the Settlement of Investment Disputes verhandelt. Der Zigarettenhersteller

Phillip Morris hat dieses Verfahren genutzt, um australische Vorschriften über Zigarettenverpackungen zur Förderung der öffentlichen Gesundheit anzufechten. Das schwedische Unternehmen Vattenfall soll Deutschland wegen dessen Ausstiegs aus der Kernenergie auf € 4,7 Milliarden (\$ 6,9 Milliarden CDN) verklagt haben.

Die Art, in der letztlich ISDS in bilaterale und regionale Abkommen aufgenommen wurde, erlaubt Unternehmen in einem Land, die Regierung eines anderen Landes direkt mittels eines privaten Schiedsverfahrens zu verklagen. Im Wesentlichen erkennt ISDS bei diesen Verhandlungen Unternehmen denselben Status wie Regierungen zu und privatisiert das Streitbeilegungssystem zwischen Nationen.

Laut der United Nations Conference on Trade and Development (UNCTAD) gibt es derzeit weltweit über 3200(zumeist bilaterale) ISDS-Verträge, wobei jede zweite Woche ein neuer Vertrag abgeschlossen wird. Diese Unternehmensrechte sind tief in NAFTA sowie in allen neuen regionalen Abkommen einschließlich CETA und TTIP verwurzelt. Unternehmen haben ISDS mehr als 600 Mal eingesetzt, um Regierungsmaßnahmen anzufechten.

Die meisten Klagen unter ISDS waren von Unternehmen des globalen Nordens gegen von Ländern des globalen Südens ergriffene Maßnahmen gerichtet. Und die Unternehmen gewinnen in allen Fällen. Ein Bericht von UNCTAD aus dem Jahr 2015 kam zu dem Ergebnis, dass 60 Prozent der entschiedenen Fälle die privaten Investoren und nur 40 Prozent den Staat begünstigten, was zeigt, dass Unternehmen dauerhaft und erfolgreich staatliche Vorschriften und die öffentliche Kontrolle anfechten.<sup>10</sup>

Entgegen den Behauptungen der Befürworter, ISDS sei ein faires und unabhängiges Streitbeilegungssystem, stellte eine umfassende Untersuchung des Corporate Europe Observatory and Transnational Institute fest, dass ein Elitezirkel von Rechtsanwälten, Schiedsrichter und Finanzspekulanten sich enorm bereichert und aktiv Unternehmen rekrutiert, um Regierungen weltweit wegen neuer Arbeitsschutz-, Arbeitsrechts- und Umweltschutzvorschriften zu verklagen.

Nur 15 Schiedsrichter, fast alle aus Europa, Kanada und den USA, die bis zu \$ 1 Million (€ 1,5 Millionen) pro Fall verdienen, haben 55 Prozent aller Streitigkeiten zu den Abkommen entschieden. „Sie haben einen eigennützigen Wirtschaftszweig geschaffen, der von einer kleinen exklusiven Elite [Gruppe] von Anwaltskanzleien und Rechtsanwältinnen kontrolliert wird, deren Verbindungen untereinander und mehrfache finanzielle Beteiligungen schwere Zweifel an ihrer Entschlossenheit, gerechte und unabhängige Urteile auszusprechen, aufkommen lassen,“ erklären die Autoren Pia Eberhardt und Cecilia Olivet.<sup>11</sup>

**Unternehmen haben  
ISDS mehr als 600  
Mal eingesetzt, um  
Anfechtungen gegen  
Regierungsmaßnahmen  
vorzunehmen.**

Unbemerkt ist ein mächtiges internationales Investitionsregime herangewachsen, das hunderte Länder umgarnt und Unternehmensgewinne über Menschenrechte und Umweltschutz gestellt hat. Dieser „Boom“ bei Investitions-Schiedsverfahren kostet Steuerzahler Milliarden von Dollar und verhindert eine Gesetzgebung im öffentlichen Interesse.<sup>12</sup>

ISDS ist auch eine Bedrohung der Menschenrechte. Im Juni 2015 gaben 10 UN-Berichtersteller für Menschenrechte eine Stellungnahme ab, in der sie auf die „potenziell schädlichen Auswirkungen“ von Verträgen wie CETA und TTIP

hinwiesen, die diese „auf den Genuss der in rechtsverbindlichen UN-Instrumenten verankerten Menschenrechte haben können“. „Unsere Bedenken“, so die Experten, „beziehen sich auf das Recht auf Leben, Lebensmittel, Wasser und Hygiene, Unterkunft, Bildung, Wissenschaft und Kultur, verbesserte Arbeitsnormen, ein unabhängiges Rechtssystem, eine saubere Umwelt und das Recht, keiner Zwangsumsiedlung ausgesetzt zu werden.“

Die Sachverständigen stellten fest, dass die Regeln zur Beilegung von Streitigkeiten zwischen Investoren und dem Staat wohl die Investoren, nicht aber die Staaten oder deren Einwohner schützen. Mit Blick auf frühere ISDS-Verfahren kamen die Menschenrechtsexperten der UN zu dem Schluss, dass die regulatorische Rolle zahlreicher Staaten und deren Fähigkeit, im öffentlichen Interessen Gesetze zu erlassen, gefährdet sind.”<sup>13</sup>

### **Welche Erfahrung hat Kanada mit ISDS unter NAFTA gemacht?**

NAFTA war das erste Handelsabkommen zwischen Industrieländern, das eine Investor-Staat-Bestimmung beinhaltet. Es gewährt Investoren auf dem Kontinent das Recht, die Regierung des anderen Landes zu verklagen, ohne zuvor ein Gerichtsverfahren über das Rechtssystem des Landes anstrengen zu müssen. Vor NAFTA wurden ISDS-Bestimmungen nur zwischen Industrie- und Entwicklungsländern verhandelt.

Infolge der ISDS-Anfechtungen unter NAFTA ist Kanada jetzt das am meisten verklagte Industrieland der Welt. Kanada wurde öfter verklagt als die USA oder Mexiko. Von 80 bekannten Investor-Staat-Klagen unter NAFTA richteten sich 37 gegen Kanada, 22 gegen Mexiko und 21 gegen die USA

Die US-Regierung hat 11 ihrer Fälle gewonnen und nie einen Investor-Staat-Fall unter NAFTA verloren oder Schadenersatz an kanadische oder mexikanische Unternehmen gezahlt. Das ist der Beweis dafür, dass selbst wenn dem Anschein nach Handelsabkommen alle Parteien gleich behandeln, mächtige Länder im Allgemeinen gegenüber Handelskonflikten immun sind.<sup>14</sup>

Kanada hat amerikanischen Unternehmen in den sieben Fällen, die es verloren hat, mehr als \$ 200 Millionen (ungefähr € 135 Millionen) gezahlt und ausländische Investoren haben jetzt in neuen Fällen die kanadische Regierung über \$ 6 Milliarden (ungefähr € 4 Milliarden) verklagt. Selbst die Verteidigung von Fällen, die möglicherweise nicht erfolgreich sind, ist teuer. Kanada hat bis heute über

\$ 65 Millionen (ungefähr € 45 Millionen) für seine Verteidigung gegen Klagen im Rahmen von NAFTA ausgegeben.

Das Canadian Centre for Policy Alternatives berichtet, dass es bei fast zwei Dritteln der Klagen gegen Kanada um Umweltschutz oder Ressourcenmanagement geht, die angeblich den Gewinn von amerikanischen Unternehmen beeinträchtigen.

#### **Die Fälle sind u.a.:**

- Ethyl, ein Chemiekonzern aus den USA, hat erfolgreich ein kanadisches Importverbot seines Benzins, das den Zusatzstoff MMT, ein mutmaßliches Neurotoxin, enthält, angefochten. Die kanadische Regierung hat das Verbot aufgehoben und dem Unternehmen \$ 13 Millionen (ungefähr € 10,2 Millionen) als Schadenersatz für Umsatzeinbußen gezahlt.
- S.D. Myers, ein Abfallentsorgungsunternehmen aus den USA, hat ein ähnliches Exportverbot von toxischem PCB-Abfall angefochten. Kanada

### **Die größten ISDS-Klagen gegen Kanada:**

**AbitibiBowater:**

**\$130.000.000**

█ (bezahlt)

**Lone Pine:**

**\$180.900.000 USD**

█ (anhängig)

**Eli Lilly:**

**\$500.000.000**

█ (anhängig)

**Mesa Power Group:**

**\$775.000.000**

█ (anhängig)

zahlte dem Unternehmen über \$ 6 Millionen (ungefähr € 4 Millionen).

- Ein NAFTA- Ausschuss wies die kanadische Regierung an, Exxon-Mobil, dem größten Öl- und Brennstoffunternehmen der Welt, \$ 17,3 Millionen (ungefähr € 11,6 Millionen) zu zahlen, nachdem das Unternehmen Regierungsrichtlinien angefochten hatte, denen zufolge Investoren bei Offshore-Erkundungen in den Provinzen Neufundland und Labrador, an denen das Unternehmen stark beteiligt ist, in lokale Forschung und Entwicklung investieren müssen,.
- Das Unternehmen Bilcon Construction aus New Jersey fordert von der kanadischen Regierung einen Schadenersatz in Höhe von \$ 300.000 (ungefähr € 270.000) nach einer erfolgreichen Klage im Rahmen von NAFTA, als ihre Pläne, in einem ökologisch sensiblen Gebiet von Nova Scotia einen massiven Steinbruch und Hafenterminal anzulegen und Basalthaufwerk über die Bay of Fundy, dem Ort mit den stärksten Gezeiten der Welt, zu befördern, von einem Umweltbewertungsausschuss abgelehnt wurden.
- Der Chemiegigant Dow AgroSciences benutzte NAFTA, um die Provinz Quebec nach deren Verbot von 2,4-D, einem Pestizid, das laut dem Natural Resources Defence Council in zahlreichen Studien mit Krebs und Zellschäden in Verbindung gebracht wird, zu zwingen, öffentlich anzuerkennen, dass die Chemikalie kein „unakzeptables Risiko“ für die menschliche Gesundheit darstellt, eine Position, die die Regierung früher bezogen hatte
- Die kanadische Regierung zahlte dem amerikanischen Zellstoff- und Papiergiganten AbitibiBowater \$ 130 Millionen (ungefähr € 88 Millionen), nachdem das Unternehmen erfolgreich unter NAFTA eine Entschädigung für die „Wasser- und Einschlagrechte“ gefordert hatte, die es zurückließ, als es nach 100 Jahren seinen Betrieb in der Provinz Neufundland und Labrador einstellte und die Arbeiter mit unbezahlten Renten zurückließ. Diese Klage ist besonders beunruhigend, da sie einem ausländischen Investor das Recht gibt, Schadenersatzansprüche für

Ressourcen geltend zu machen, die er benutzte, während sich sein Betrieb in einer anderen Gerichtsbarkeit befand.

- Die Mesa Power Group, ein Energieunternehmen im Besitz des texanischen Milliardärs T. Boone Pickens, fordert \$ 775 Millionen (ungefähr € 523 Millionen) in einer Anfechtung des Green Energy Act (Ökostromgesetz) der Provinz Ontario, die lokalen Windkraftbetreibern den Vorzug gibt.
- Das kanadische Energieunternehmen Lone Pine verklagt die kanadische Regierung über ihren amerikanischen Partner auf \$ 180,9 Millionen (ungefähr € 107,1 Millionen), da die Provinz Quebec für alle Fracking-Aktivitäten unter dem St. Lawrence-Fluss bis zum Abschluss aller weiteren Studien ein vorläufiges Moratorium verhängt hat. Diese Anfechtung ist bedenklich, da ein nationales Unternehmen eine ausländische Tochtergesellschaft dazu benutzt, seine eigene Regierung zu verklagen.
- Der US-Pharmakonzern Eli Lilly verklagt Kanada auf \$ 500 Millionen (ungefähr € 337 Millionen), nachdem drei Instanzen in Kanada die Patentverlängerung für eines seiner Produkte von drei Instanzen in Kanada abgelehnt hatten. Dieser Fall ist besonders besorgniserregend, da von kanadischen Gerichten ausgelegtes kanadisches Recht angefochten wird, was eine neue Grenze für ISDS-Anfechtungen darstellt.

Diese und weitere Beispiele zeigen, dass Handels- und Investitionsabkommen wie NAFTA transnationalen Unternehmen unglaubliche neue Rechte gewähren, um Regierungen ihren Willen aufzuzwingen. Aber sie sind wahrscheinlich nur die Spitze des Eisbergs, da neue Gesetze oder Gesetzesänderungen aufgrund des „Abschreckungseffekts“ früherer Beschränkungen nie zum Tragen kommen. Kurz nach der Verabschiedung von NAFTA hat die kanadische Regierung eine neue Richtlinie verabschiedet, der zufolge alle neuen Gesetze und alle Änderungen an bestehenden Gesetzen von Handelsexperten überprüft werden müssen, um sicherzustellen, dass sie nach ISDS-Vorschriften nicht anfechtbar sind.

## **Warum ist CETA genauso bedeutend wie TTIP?**

Viele Europäer sind umfassend über TTIP, das Abkommen mit den USA, informiert und darüber sehr besorgt. Nur wenige Europäer haben jedoch von CETA gehört. Jene, die davon gehört haben, sind bezüglich des Abkommens mit Kanada jedoch häufig weniger beunruhigt. Sind nicht die kanadischen Standards, Werte und Vorschriften in Bereichen wie Gesundheit, Arbeitsrecht, Menschenrechte, Lebensmittelsicherheit und Umweltschutz denen Europas ähnlicher als denen der USA?

Das ist ein Argument, das wir in Kanada zu hören bekommen. Viele Kanadier haben Einwände gegen das Freihandelsabkommen mit den USA, da sie fürchten, dass wir gezwungen werden, unsere sozialen Standards nach unten zu nivellieren. Viele Kanadier sind jedoch gegenüber einem Abkommen mit Europa offener, da sie damit keine derartige Bedrohung unserer Lebensweise befürchten.

Bei dieser Betrachtungsweise werden jedoch mehrere Punkte außer Acht gelassen. Erstens geht es nicht darum, wer ursprünglich die höchsten Standards hatte. Es geht darum, wie die Unternehmen auf beiden Seiten des Atlantiks die Kooperation in Regulierungsfragen und ISDS-Bestimmungen von CETA einsetzen, um überall die Standards zu senken. Ebenso gibt es in Kanada und Europa interne Prozesse, die bereits auf die Deregulierung von Umweltschutz-, Gesundheits- und Arbeitsrechtsstandards sowie die Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen hinarbeiten. CETA wird den Gang dieses Prozesses in Europa wie in Kanada beschleunigen.



Doch der vielleicht wichtigste Grund, weshalb CETA für Europäer Grund zur Sorge sein sollte, ist, dass es eine Hintertür für amerikanische Unternehmen darstellt, um über ihre Tochtergesellschaften Standards und Vorschriften in Europa anzufechten. Ein amerikanischer Landwirtschafts-, Energie-, oder Arzneimittelkonzern bräuchte lediglich unter ISDS die europäischen Standards über ihre Tochtergesellschaften in Kanada, von denen es bereits viele gibt, oder die gegründet werden könnten, anzufechten.

Wenn die Europäer ein TTIP ohne ISDS durchzusetzen vermögen, jedoch CETA in seiner jetzigen Form umgesetzt werden darf, verfügen amerikanische Unternehmen über die gleiche Möglichkeit, Europa zu verklagen wie wenn TTIP mit ISDS unterzeichnet worden wäre.

Timothé Feodoroff vom Transnational Institute erklärt, dass CETA die großen amerikanischen Öl- und Brennstoffkonzerne in die Lage versetzen wird, europäische Fracking-Verbote und Vorschriften über diese Hintertür anzufechten. Die Unternehmen benötigten dazu nur eine Tochtergesellschaft oder eine Niederlassung in Kanada.

Kanada hat bereits die zu diesem Zeitpunkt laufenden CETA-Verhandlungen verwendet, um Europa zu einer Schwächung seiner Kraftstoffqualitätsrichtlinie, einem wichtigen Teil der EU-Gesetzgebung, die ermöglicht, verschiedene Arten von Kraftstoffimporten nach deren CO<sub>2</sub>-Emissionen einzustufen, zu bewegen. Friends of the Earth Europe behaupten, dass Rohöl aus Teersand aus Alberta, dessen CO<sub>2</sub>-Emissionen 23 Prozent höher als bei konventionellem Öl sind, dadurch ungehinderten Zugang zu Europa erlangt. Das ist ein Szenario, das von der kanadischen Regierung gefördert wird.<sup>15</sup>

Mike Hudema von Greenpeace Canada beklagt, dass, anstatt die Klimakrise in Kanada anzugehen, die kanadische Regierung andere Regierungen zur Schwächung ihrer Klimaschutzmaßnahmen zwingt, um mehr schmutziges Öl zu verkaufen.

Viele Europäer befürchten auch, dass TTIP letztendlich zu niedrigeren Standards bei der Lebensmittelsicherheit und beim Tierschutz führen wird, die im Allgemeinen in Europa höher als in den USA

sind. Friends of the Earth Europe und das in den USA niedergelassene Center for Food Safety warnen davor, dass die TTIP-Vorschriften für Kooperation in Regulierungsfragen einer neuen Instanz aus Handels- und Regulierungsfachleuten eindeutig das Recht verleihen, alle neuen Lebensmittelsicherheitsvorschriften zu filtern, wodurch die Befugnis von Regierungen an Industrievertreter übertragen wird.<sup>16</sup>

Es gibt bereits erste Anzeichen der Konformität. Europa hat sein Verbot von Rindfleisch, das in Milchsäure gereinigt wurde, aufgehoben, um den Weg für CETA- und TTIP-Verhandlungen zu ebnen, da beide Länder diese Praxis erlauben und den europäischen Markt für ihre Rindfleischexporte erschließen möchten. Sollte die EU jedoch in der Zukunft das Verbot dieser Praxis wieder einführen, könnten US-Agrarindustrieunternehmen im Rahmen von CETA auf Schadenersatz klagen.

Food and Water Watch Europe (FWWE) warnt in einem wichtigen Bericht, dass TTIP und CETA dazu benutzt werden könnten, die strengeren Gesetze Europas in Bezug auf GMOS anzufechten. Nach FWWE ist in Europa nur eine biotechnologische Nutzpflanze zum Anbau zugelassen. Auf Europa entfallen weltweit weniger als ein Zehntelprozent der gentechnisch veränderten landwirtschaftlichen Nutzflächen. US-Biotechunternehmen wie Monsanto und Dow könnten verzögerte Zulassungen in Europa mittels der ISDS-Bestimmungen von TTIP oder CETA anfechten und europäische Biotechunternehmen wie BASF und Syngenta könnten Versuche der USA in Bezug auf Initiativen zur Lebensmittelkennzeichnung angreifen.<sup>17</sup>

Amerikanische private Gesundheitsunternehmen könnten über CETA ebenfalls die öffentliche Gesundheitsversorgung anfechten. John Hilary von Großbritanniens War on Want weist darauf hin, dass Gesundheitsdienste, medizinische Dienste und zahnärztliche Dienstleistungen alle von TTIP-Verhandlungen mit erfasst wurden. Hilary erklärt, dass dies den National Health Service (NHS) von England gefährdet. Nach Jahren der Privatisierung gibt es eine wachsende Nachfrage, den NHS wieder unter die öffentliche Kontrolle zu bringen.

Er bemerkt jedoch, dass jede zukünftige Regierung, die dies versuchen würde, Investor-Staat-Anfechtungen unter TTIP oder unter CETA ausgesetzt werden könnte, sollte TTIP nicht unterzeichnet werden oder keine ISDS-Klausel enthalten.<sup>18</sup>

**CETA ist eine Hintertür für amerikanische Unternehmen, um die Standards und Vorschriften in Europa durch ihre Tochterunternehmen in Kanada anzufechten.**

Ähnlichen Bedrohungen sieht sich die Bewegung zur Rekommunalisierung von privaten Wasserversorgungsdiensten gegenübergestellt. Wohl sind Wasserressourcen von CETA ausgenommen, privatisierte Dienste jedoch nicht. Wenn eine Kommune ihre Wasserversorgungsdienste einmal privatisiert hat, kann jeder nordamerikanische Investor sie über ISDS auf Schadenersatz verklagen. Brent Patterson, Political Director des Council of Canadians, weist darauf hin, dass viele öffentliche Rentenfonds in private Wasserversorgungsdienste auf der ganzen Welt investieren.

Was würde geschehen, wenn England sich entscheiden würde, die Zahlung höherer Wassertarife einzustellen und seine privatisierten Wasserversorgungsdienste in die staatliche Hand zurückzuführen, fragt er? Kanadische Investoren können dies anfechten. Der Rentenplan der Lehrer von Ontario besitzt 27 Prozent der Northumbrian Water Group (die ihre Wasserversorgungsdienste an etwa 4,4 Millionen Kunden in England verkauft) und der Rentenplan von Kanada besitzt ein Drittel der Anglian Water Services (die Wasserversorgungsdienste an etwa sechs Millionen Menschen verkaufen). Für diese ka-

nadischen Rentenfonds sind beides gewinnträchtige Unternehmen und die Spitze des Eisbergs.<sup>19</sup>

CETA an sich ist schon eine Bedrohung für die Umweltschutzstandards in Europa. Siebenundfünfzig Prozent der Bergwerksunternehmen der Welt sind in Kanada niedergelassen, da unsere Vorschriften zur Börsennotierung sehr locker sind. Ein Branchenreport kam zu dem Schluss, dass die Bergbauindustrie in Kanada die schlechteste Umweltschutz- und Menschenrechtsbilanz aller Länder überhaupt aufweist.<sup>20</sup>

Das kanadische Unternehmen Gabriel Resources wollte die größte Goldmine Europas in Rumänien bauen und investierte in erste Erkundungsstadien. Der örtliche Widerstand gegen die Tagebau-Mine Rosia Montana führte zum Abbruch. Das Unternehmen hat wissen lassen, dass es einen Schadenersatz von \$ 4 Milliarden (ungefähr € 2,7) fordern wird und CETA als ein wichtiges Hilfsmittel zur Förderung seiner Interessen betrachten würde. CETA würde dem kanadischen Bergbauunternehmen Eldorado Gold eine ähnliche Macht bei seiner Klage gegen Griechenland geben, wenn die Regierung von Szyriza ihr Versprechen hält, den Bau der umweltschädlichen Mine Skouries im Norden des Landes zu verhindern.

### ***Wie sind die Reformversuche von ISDS zu beurteilen?***

Gegenüber diesen und weiteren vorgeschlagenen Handels- und Investitionsvereinbarungen, jedoch insbesondere gegenüber ISDS- Vorschriften besteht ein breiter Widerstand in Europa. Millionen von Bürgern in ganz Europa haben Bedenken in Petitionen und in den Parlamenten von Frankreich, Deutschland, Österreich, Belgien, Ungarn und Griechenland vorgebracht. Im Oktober 2015 haben mehr als 250.000 Personen in Berlin gegen Freihandelsabkommen mit den USA und mit Kanada demonstriert. „Dies ist die größte Demonstration, die dieses Land in vielen Jahren gesehen hat“ sagte Christoph Bautz, Direktor der Bürgerbewegung Campact in seiner Ansprache vor den Demonstranten.<sup>21</sup>

Daraufhin kündigte die Europäische Kommission den Plan an, ISDS durch die Einrichtung eines neuen Gerichtssystems für Investitionen (Investment Court System (ICS)) zu „reformieren“, das die Vorschriften für alle laufenden und zukünftigen Investitionsabschlüsse ersetzen würde. Im Februar 2016 haben Kanada und Europa angekündigt, dass tatsächlich Änderungen an dem Kapitel Investitionen von CETA vorgenommen wurden.

In der Ankündigung der Änderungen der Europäischen Kommission hieß es „CETA bestätigt den gesamten neuen Ansatz der EU in Bezug auf Investitionen und den Streitbeilegungsmechanismus.“ CETA stelle einen „wesentlichen Bruch mit der Vergangenheit“ dar:

1. Es beinhaltet einen ausdrücklichen Verweis auf das Recht von Regierungen, im öffentlichen Interesse Vorschriften zu erlassen sowie klarere und präzisere Investitionsschutznormen ...;
2. Es schafft ein unabhängiges Gerichtssystem für Investitionen, das aus einem ständigen Schiedsgericht und einem Berufungsschiedsgericht besteht ... in denen Streitbeilegungsverfahren transparent und unparteiisch durchgeführt werden.“

Noch bevor das „reformierte“ System in CETA angekündigt wurde, gab es eine bedeutende Opposition dagegen. In Reaktion auf die Ankündigung bezeichnete der Council of Canada die Änderungen als „Augenwischerei“, da multinationale Großkonzerne auf beiden Seiten des Atlantiks weiterhin die Möglichkeit haben, kanadische und europäische Regierungen zu verklagen. Ein Herumbasteln an dem Streitbeilegungsverfahren ändert nichts an diesem grundlegenden Fehler.

Der renommierte Handelsrechtsexperte Dr. Gus Van Harten, von der juristischen Fakultät Osgoode Hall Law School erkennt an, dass die Änderungen im Streitbeilegungsverfahren „bedeutsam“ sind. Er weist jedoch darauf hin, dass „ISDS anti-demokratisch sei, ausländischen Investoren außergewöhnliche starke Rechte und Privilegien mit Vorteilen gewähre, die hauptsächlich großen multinationalen Konzernen und sehr wohlhabenden Personen zu-

gutekommen, dass diese Rechte und Privilegien nicht mit einklagbaren Haftungen verknüpft seien, es inländische Institutionen, einschließlich inländische Gerichte nicht respektiere, ein potentiell Risiko für Steuerzahler in Milliardenhöhe darstelle und überhaupt keine nachweisliche Daseinsberechtigung in den Beziehungen zwischen Ländern mit zuverlässigen und ISDS eindeutig überlegenen Gerichtssystemen besitze.“<sup>22</sup>

In einem Bericht, der kurz vor der Ankündigung durch Kanada und die EU veröffentlicht wurde, nahm der Deutsche Richterbund DRB, der 16.000 Richter und Staatsanwälte vertritt, Stellung gegen die Einrichtung eines Gerichtssystems für Investitionen mit der Erklärung, dass es „weder eine rechtliche Grundlage noch die Notwendigkeit“ dafür gebe. Der DRB erklärte, dass die Annahme, die Gerichte in den Mitgliedsstaaten der EU seien nicht ausreichend, um ausländischen Investoren einen angemessenen Rechtsschutz zu gewähren, vollkommen unbegründet sei. Sie hoben hervor, dass „spezielle Gerichte für ganz bestimmte Gruppen der falsche Weg“ sei.

In einer vernichtenden Analyse, die auch den Wortlaut des neuen CETA untersuchte, kamen 17 europäische zivilgesellschaftliche Organisationen zu dem Schluss, dass das neue System weiterhin problematisch sei. „Es würde tausenden Unternehmen ermöglichen, nationale Rechtssysteme zu umgehen und Regierungen in parallelen Schiedsverfahren

zu verklagen, wenn Gesetze und Vorschriften ihre Möglichkeit, Geld zu verdienen, hindern würden. Es würde den Weg dafür ebnen, Milliarden an Steuergeldern an große Unternehmen zu zahlen... ICS ist ISDS, das von den Toten auferstanden ist. Es ist ISDS als Zombie.“

Und bei diesen Reformen bleibt ein letztes Problem. Die USA haben sie vollständig abgelehnt. U.S. Deputy Trade Chief Stefan Selig sagte im Mai 2015, dass die USA keine Notwendigkeit für ein neues internationales Schiedsgericht zur Beilegung von Streitigkeiten im Rahmen von TTIP sähen und bestätigte die Gültigkeit des derzeitigen ISDS-Systems.<sup>23</sup>

### ***Wie können wir länderübergreifend zusammenarbeiten, um gegen diese Abkommen vorzugehen?***

Dieser Bericht versucht, Europäern zu zeigen, warum CETA genauso wichtig wie TTIP ist und die Bewegung von kanadischen, europäischen und amerikanischen Aktivisten und Organisationen, die gegen diese schädlichen Handels- und Investitionsabkommen kämpfen, voranzutreiben.

Es ist entscheidend, dass europäische Aktivisten und Gruppen CETA zur Priorität machen, da wir wenig Zeit zu dessen Ablehnung haben. Wie das Seattle to Brussels Network vor kurzem in einem offenen Brief an europäische Regierungen und Mitglieder des europäischen Parlaments (MEP) schrieb, heißt das, dass wir von der Europäischen Kommission eine umfassende Analyse des CETA-Texts verlangen müssen, einschließlich von dessen Auswirkungen auf Menschenrechte, Gesundheit, Arbeit und den politischen demokratischen Raum, damit gewählte Vertreter mit erforderlicher Sorgfalt zum Schutz des öffentlichen Interesses vorgehen können. Die Kommission und gewählte Instanzen müssen auf die zunehmenden Bedenken zu CETA reagieren und öffentliche Foren dazu organisieren.

Das Netzwerk fordert MEPs auch auf, CETA nicht zu unterzeichnen, zumindest nicht, bevor wir glaubhafte Antworten auf diese vielen Fragen bekommen haben. „Nach unserer Meinung“, sagt das Netzwerk,



„rechtfertigen die hypothetischen 0,09 Prozent an zusätzlichem Wachstum, das 2008 in der Studie zu Vorverhandlungen vorhergesagt wurde, nicht, blindlings ein Abkommen zu unterzeichnen, das von Unternehmenslobbys hauptsächlich entworfen wurde, um den Druck auf unsere Demokratie und unsere Rechte zu erhöhen.“<sup>24</sup>

Es ist genauso wichtig, dass wir innerhalb der Regierungen mitarbeiten, um die Verpflichtung zu erwirken, CETA zur Ratifizierung an die Parlamente aller 28 europäischen Staaten sowie an das Europäische Parlament zu schicken. Es wurden genügend Bedenken gegen CETA und ISDS innerhalb vieler Regierungen erhoben und jede sollte die Gelegenheit haben, über dieses umstrittene Abkommen abzustimmen.

Wir in Kanada werden nach den Bundeswahlen unseren Teil dazu beitragen, indem wir mit einer (hoffentlich) neuen Regierung zusammenarbeiten, die unseren Bedenken zu CETA ein offeneres Ohr schenken wird.

Letztendlich ist vielleicht die Einleitung von länderübergreifenden Initiativen für Gerechtigkeit, wie wir es für viele Fragen getan haben, das Wichtigste, was wir tun können. Es ist offenkundig, dass wir

Es ist **entscheidend**, dass europäische AktivistInnen und Gruppen CETA zu ihrer Priorität erheben. Wir haben nur wenig Zeit CETA zu vereiteln.

die ökonomische und politische Agenda und die dahinter stehende unternehmenspolitische Macht, die ein Konzept wie ISDS überhaupt erst entworfen hat, herausfordern müssen. Wirtschaftliche Globalisierung, unbegrenztes Wachstum, Deregulierung von Umweltschutz, Gesundheit und Sicherheit, Privatisierung von öffentlichen Dienstleistungen und die Dominanz des Marktes sind alles Markenzeichen von TTIP, CETA und ISDS, und diese Prioritäten müssen wir durch andere ersetzen, wenn wir und unser Planet überleben sollen.



## ***Fußnoten***

1. Campbell, Bruce. *FTA at 25, NAFTA at 20*. Canadian Centre for Policy Alternatives (CCPA). December 2013.
2. Sierra Club of Canada, Sierra Club US, Council of Canadians, Mexican Action Network on Free Trade and Institute for Policy Studies. *NAFTA: 20 Years of Costs to Communities and the environment*. March 2014.
3. CCPA. *Making Sense of the CETA: An Analysis of the final text of the Canada-European Union Comprehensive Economic and Trade Agreement*. September 2014.
4. Transnational Institute. *State of Power, 2015, An annual anthology on global power and resistance*. 2015.
5. Whittington, Les. "EU trade pact could weaken Ottawa's power to regulate banks." *Toronto Star*. September 7, 2015.
6. Corporate Europe Observatory. *TTIP: Regulations Handcuffed*. January 28, 2015.
7. Kennedy Jr, Robert F. *Crimes Against Nature, How George W. Bush and His Corporate Pals Are Plundering the Country and Highjacking Our Democracy*. HarperCollins. 2005.
8. Barlow, Maude. *Blue Betrayal, The Harper Government's Assault on Canada's Freshwater*. Council of Canadians. 2015.
9. Barlow, Maude. *Broken Covenant: How Stephen Harper Set Out To Silence Dissent and Curtain Democratic Participation in Canada*. Council of Canadians. 2015.
10. Mann, Howard. *ISDS: Who Wins More, Investors or States? IISD for UNCTAD*. June 24, 2015.
11. Eberhardt, Pia and Olivet, Cecilia. *Profiting from injustice: How law firms, arbitrators and financiers are fuelling an investment arbitration boom*. Corporate Europe Observatory and Transnational Institute. November 2012.
12. Ibid.
13. Office of the UN High Commissioner for Human Rights. "UN experts voice concern over adverse impact of free trade and investment agreements on human rights." June 2, 2015.
14. CCPA. *NAFTA Chapter 11 Investor-State Disputes to January 1, 2015*. January 2015.
15. Friends of the Earth Europe. *Dirty deals: How trade talks threaten to undermine EU climate policies and bring tar sands to Europe*. July 2014.
16. Centre for Food Safety, GRAIN, IATP. *How TTIP undermines food safety and animal welfare*. February 2015.
17. Food and Water Watch Europe. *TTIP and Genetically Engineered Foods*. April 2015.
18. Hilary, John. "On TTIP and the NHS, they are trying to bamboozle us." July 14, 2014.
19. Patterson, Brent. "Europeans face investor-state challenges with CETA." Council of Canadians. November 12, 2013.
20. Whittington, Les. "Canadian mining firms worst for the environment, rights: Report." *Toronto Star*. October 19, 2010.
21. Reuters: "Hundreds of thousands protest in Berlin against EU-U.S. trade deal." October 10, 2015
22. E-Mail-Kommunikation, März 2016.
23. EU Observer. "US rejects EU proposal on free trade tribunal." May 11, 2015.
24. Seattle to Brussels Network. "CETA – Open letter." July 2015.

